

# DER MIGRATIONS- UND ASYLPAKT:

Gegenargumente zur Darstellung der Europäischen  
Kommission aus einer Linken Perspektive

GUE/NGL  
**THE LEFT**  
IN THE  
EUROPEAN  
PARLIAMENT

## DARSTELLUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION



*“Diese Vorschläge werden für klare, faire und schnellere Grenzverfahren sorgen, damit Menschen nicht in einem Zustand der Ungewissheit warten müssen. Dies bedeutet eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Hinblick auf rasche Rückführungen, mehr legale Zugangswege und ein entschlossenes Vorgehen gegen Schleuser. Mit der neuen Migrationspolitik schützen wir grundsätzlich das Recht auf Asyl”.*

Ylva Johansson,  
Kommissarin  
für Innere  
Angelegenheiten

Am 23. September 2020 präsentierte die EU-Kommission den Asyl- und Migrationspakt als einen “Neubeginn” für die Migrations- und Asylpolitik in der Europäischen Union. Was irreführend ist: die Vorschläge wurden mit dem Bild eines “Hauses mit drei Stockwerken” dargestellt. Der Pakt verspricht fälschlicherweise einen Neuanfang in der europäischen Migrationspolitik, aber in Wirklichkeit verstärkt es die derzeit gescheiterte Politik, indem es sich auf Abschreckung, Eindämmung von Menschen, die in Drittländer fliehen, die Stärkung der Außengrenzen der EU, das Festhalten von Menschen und die Beschleunigung von Verfahren an den Grenzen auf Kosten des Rechts auf ein faires und individuelles Verfahren konzentriert. Außerdem wird das Prinzip der Verantwortung des Mitgliedstaates der ersten Einreise beibehalten.

Besorgniserregend ist, dass dieses Paket - das als Kompromissdokument vorgelegt wird - eine Reihe von Elementen enthält, die sich an den fremdenfeindlichen Positionen der Regierungen der Visegrád-Gruppe orientieren. Ein solcher “Kompromiss” schadet zwar nicht nur den allgemeinen Grundsätzen unserer Schutzverantwortung, sondern bedeutet auch, dass die Mitgliedstaaten an vorderster Front - im Mittelmeerraum - wieder einmal die meisten Herausforderungen frontal angehen müssen. Dies bedeutet einen definitiven Rückschritt im Hinblick auf den Schutz der Rechte und konkrete Lösungen für die gegenwärtige Situation. Dieser Vorschlag, der sich stark auf die Rückführung konzentriert, wird zweifellos zu mehr Zwischenfällen extremer Gewalt in Drittländern, an den Außengrenzen der EU und auf dem Gebiet der EU führen - zum Nachteil derjenigen, die versuchen, ihr Grundrecht auf Sicherheit in Europa auszuüben.

Neben den fremdenfeindlichen Kräften sind es die Sicherheitsfirmen, die am meisten von der Stärkung dieser Politik profitieren werden: von den Baufirmen, die Zäune bauen, über die See- und Verteidigungsunternehmen, die Schiffe, Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen bereitstellen, bis hin zu den Sicherheitsfirmen, die mit der Entwicklung biometrischer Systeme in der EU und in Drittländern beauftragt werden.

Dieses Dokument zielt darauf ab, die Darstellung, die um den Vorschlag der Europäischen Kommission herum aufgebaut ist, aus einer linken Perspektive zu zerlegen. Es schlägt auch eine Reihe von Alternativen vor, in deren Mittelpunkt eine würdige Aufnahme und die Menschenrechte stehen.



EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP  
European Parliament,  
B-1047 Brussels, Belgium  
+32 (0)2 283 23 01

[guengl-communications@europarl.europa.eu](mailto:guengl-communications@europarl.europa.eu)  
[www.left.eu](http://www.left.eu)

Photos: © Quentin Bruno, © Michael Bakas, © Border Violence Monitoring Network, © Sara Prestianni, © Seawatch.  
December 2020





## Darstellung der Europäischen Kommission #1:

“Diese Vorschläge werden für klare, faire und schnellere Grenzverfahren sorgen”

Dieser Vorschlag zielt darauf ab, obligatorische “integrierte” Asyl- und Rückführungsverfahren zu schaffen, die an Menschen durchgeführt werden, indem so getan wird, als befänden sie sich noch nicht auf EU-Territorium. Dies umfasst ein obligatorisches Screening vor der Einreise - maximal 5 Tage, könnte aber in Krisenzeiten auf 10 Tage ausgedehnt werden - mit dem Ziel, die Menschen in das “richtige Verfahren” zu “schleusen”. In jedem Fall wird ein Asylsuchender, der gefälschte Dokumente benutzt, als eine Gefahr für die nationale Sicherheit betrachtet wird oder zu einer Nationalität mit einer “Anerkennungsrate” (die den Prozentsatz der anerkannten Asylbewerber pro Nationalität widerspiegelt) von weniger als 20% gehört, in ein obligatorisches Asyl-Grenzverfahren und gegebenenfalls in ein Grenzverfahren zur sofortigen Rückführung “kanalisiert”. Um die Entscheidungsfindung zu beschleunigen, haben sowohl das Asyl- als auch das Rückführungsverfahren maximal 12 Wochen Zeit, wobei am Ende des Verfahrens ein einziger Rechtsbehelf eingelegt werden kann.

Die Europäische Kommission behauptet, dass diese Verfahren von spezifischen Überwachungs- und Rechtsgarantien begleitet werden, um eine vollständige Bewertung der Achtung der Rechte jeder einzelnen Person zu gewährleisten. Sie behaupten, dass “effizientere Verfahren sowohl den Antragstellern als auch dem Asylsystem im Allgemeinen zugute kommen werden”. Die Kommission betont auch, dass sie “keine Morias mehr” wünscht, und dies würde darauf beruhen, dass die Anträge der Menschen schneller bearbeitet werden sollten - wobei die große Mehrheit in die Herkunfts- oder Transitländer abgeschoben werden sollte.

In einer “Krisensituation” würden Ausnahmen von diesen Regeln vorgesehen, insbesondere indem den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt würde, beschleunigte Grenzverfahren auf fast alle Nationalitäten anzuwenden (die Kriterien der Staatsangehörigkeit würden auf alle Personen mit einer Anerkennungsquote von bis zu 75% ausgedehnt). Ein Mitgliedstaat könnte auch ermächtigt werden, die Prüfung von Asylanträgen für ein Jahr auszusetzen, solange er in der Zwischenzeit einen Status gewähren kann, der dem subsidiären Schutz gleichwertig ist (und ihnen die Rechte vorenthält, die sie nach dem internationalen Schutzstatus hätten, wie das Recht auf Familienzusammenführung).

## DIE REALITÄT

Obligatorische beschleunigte Grenz- und Rückführungsverfahren sind, wenn sie umgesetzt werden, immer mit reduzierten Grundrechtsstandards und -garantien einhergegangen. Wir haben systematisch erlebt, dass Rechtsanwälte und Dolmetscher nicht in der Lage waren, der gestiegenen Zahl von Anträgen und den extrem knappen Fristen gerecht zu werden - zum Nachteil der Rechte der Antragsteller. In Schnellverfahren geht auch die eigentliche Idee des “menschlichen Wesens” verloren. Der Antragsteller wird entmenschlicht und wird nur noch zu einer “Nummer”, die das System übersehen und die Verfolgung in der Heimat vergessen kann. Mögliche Gewalt und Traumata werden ebenfalls ignoriert, wenn die Antragsteller aufgefordert werden, schnell zu begründen, warum sie internationalen Schutz verdienen, aber oft nicht in der Lage sind, dies innerhalb so strenger Fristen und unter so schrecklichen Bedingungen zu tun.

Doch trotz alledem gibt es im Vorschlag der EU-Kommission keine Bestimmungen für eine gerichtliche Überprüfung des Ergebnisses des Screenings. Auch die üblichen Regeln zur Information der Asylbewerber und zur Registrierung ihres Antrags würden erst nach Abschluss des Screenings gelten. Es besteht auch die Befürchtung, dass das “Nachbesprechungsformular” Auswirkungen auf die nachfolgenden Verfahren haben könnte, insbesondere auf den Antrag auf internationalen Schutz.

Diese ganze Beschleunigung der Grenzverfahren beruht auch auf der Beschneidung der Beschwerderechte (in Verbindung mit der Aufhebung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde im Rahmen der Neufassung der Rückkehr), die oft erfolgreich sind. Obligatorische Grenzverfahren würden den Zugang der Antragsteller zu einem fairen und effizienten Asylverfahren weiter untergraben, indem sie den zeitlichen Umfang der Grenzverfahren erheblich ausweiten und damit den systematischen Freiheitsentzug von Asylsuchenden an der Grenze legitimieren.

Tatsache ist, dass jede Person ohne Papiere, die auf dem Staatsgebiet eines Mitgliedstaates angetroffen wird, zum Screening-Verfahren gebracht werden könnte und damit de facto fiktiv das Gebiet der EU verlassen würde. Sie werden dann plötzlich in das beschleunigte Rückführungsverfahren gedrängt, und dies wird sicherlich dazu führen, dass mehr Migranten ohne Papiere sich vor den Behörden verstecken. Weniger Menschen werden auch über Gewalt gegen sie oder darüber berichten, dass sie bei der Arbeit ausgebeutet werden.

Die auf der Nationalität basierenden Kriterien zur Bestimmung, ob eine Person einem beschleunigten Verfahren unterzogen wird, schaffen auch eine Unterscheidung zwischen Asylbewerbern. Einige werden mehr Rechte, mehr Zeit und mehr Rechtsbeistand haben, um ihre Anträge auf internationalen Schutz vorzubereiten. Andere werden jedoch gegen ein voreingenommenes System ankämpfen müssen, das sein Möglichstes tun wird, um nachzuweisen, dass in ihrem Herkunfts- oder Transitland keine Gefahr der Verfolgung besteht - alles im Namen einer Erhöhung der Gesamtzahl der rückzuführenden Personen. Diese Unterscheidung nach Nationalität stand bereits im Mittelpunkt des Abkommens zwischen der EU und der Türkei, in dem unterschiedliche Behandlungen für verschiedene Nationalitäten vorgesehen waren. Dies führte unweigerlich zu Spannungen und Missverständnissen zwischen den Asylsuchenden, wobei viele nicht verstehen konnten, warum individuelle Verfolgungsrisiken in ihren Herkunftsländern von den Behörden nicht gleich bewertet wurden.

Ein deutliches Beispiel ist das der syrischen Staatsangehörigen, deren Anträge plötzlich als unzulässig betrachtet werden, da die Türkei als "sicheres Drittland" galt. Dies führte zur systematischen Verweigerung des internationalen Schutzes für Syrer, die in erster Linie auf dem Kopieren und Einfügen von Entscheidungen beruhte, die vom Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen "empfohlen" worden waren. Obwohl dies in der Darstellung des Pakts nicht hervorgehoben wird, wird die "Unzulässigkeit auf der Grundlage eines sicheren Drittlandes" ein Eckpfeiler dieser neuen Asylarchitektur bleiben. Dies wird dazu führen, dass viele Asylsuchende trotz eines eindeutigen Verfolgungsrisikos in ihren Herkunftsländern in die Kategorie der zurückzuführenden Personen fallen werden.

Ein weiteres Beispiel, das linke Europaabgeordnete bei vielen unserer Besuche an Brennpunkten wie Italien antrafen, sind nigerianische Mädchen, die zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung gehandelt wurden und denen von den Menschenhändlern gesagt wurde, dass sie erwachsen seien, um nicht unter das Kinderschutzprogramm zu fallen, und dass sie nach ihrer Identifizierung von den Menschenhändlern aufgegriffen würden. Nach dem neuen Vorschlag würden diese Mädchen automatisch von ihrer Rettung auf See zum Grenzverfahren geleitet werden (aufgrund der durchschnittlichen Anerkennungsrate von 10%).

## UNSER ALTERNATIVER VORSCHLAG

- **Das Recht auf internationalen Schutz sollte in allen EU-Mitgliedstaaten wirksam gewährleistet werden. Anstatt die Standards zu senken, muss die Europäische Kommission sicherstellen, dass die bestehende EU-Erregenschaften im Asylbereich aufrechterhalten bleiben, und sollte sich auf seine tatsächliche Umsetzung konzentrieren.**

Abgesehen von der Dublin-Verordnung sind die derzeitigen Mängel auf die schlechte Einhaltung des geltenden Asylrechts durch die Mitgliedstaaten zurückzuführen, die sich beispielsweise in Schnellverfahren äußert, die meist auf negative Entscheidungen abzielen, in der Missachtung von Schwachstellen, in schlechten Aufnahmebedingungen - einschließlich der Inhaftierung von Asylsuchenden -, im Fehlen besonderer Verfahrensgarantien wie dem ordnungsgemäßen Zugang zu Rechtsbeistand oder Dolmetschern und in der mangelhaften Entscheidungsfindung.

- **Die Europäische Kommission sollte daher sicherstellen, dass das Recht auf Familienzusammenführung in der gesamten EU gewährleistet ist,** indem sie die von der Kommission verabschiedeten Leitlinien fördert und Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einleitet, die die Richtlinie zur Familienzusammenführung nicht einhalten. Wir setzen uns für eine umfassendere Definition der Familienzusammenführung ein, die über die "Kernfamilie" hinausgeht.



## Darstellung der Europäischen Kommission#2:

“Wir werden mit der Einführung eines Überwachungsmechanismus während des Screeningverfahrens den Pushbacks ein Ende setzen”.

Angesichts der zunehmenden Anzeichen von Pushbacks an den Außen- und Binnengrenzen der EU sowie des politischen Drucks durch das Europäische Parlament kam die Europäische Kommission auf die interessante Idee, einen unabhängigen Überwachungsmechanismus einzurichten.

Die Tatsache, dass sich dieser ausschließlich auf das Screening-Verfahren beschränken würde, sowie der mangelnde Ehrgeiz des Vorschlags bedeuten jedoch, dass der Mechanismus, so wie er im Pakt steht, seinen ganzen Zweck verfehlt. Die Mitgliedstaaten werden diejenigen sein, die diesen auf der Grundlage der Leitlinien der Agentur für Grundrechte einrichten, aber sie sind nicht bindend.

Nach Ansicht der Kommission “sollte dieser neue Mechanismus auch die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung sowie der nationalen Vorschriften über den Gewahrsam überwachen, wenn diese während der Überprüfung angewandt werden”.

## DIE REALITÄT

Die Europäische Kommission “experimentiert” derzeit mit einer solchen Idee im Rahmen des EMAS-Stipendiums, das Kroatien 2018 gewährt und 2019 erneuert und aufgestockt wurde. Die Forderung an Kroatien, einen unabhängigen Überwachungsmechanismus einzurichten, war von der Europäischen Kommission als Garantie dafür vorgelegt worden, dass Kroatien bei seinen Grenzüberwachungsaktivitäten die Grundrechte einhält, und für die das EMAS-Stipendium zusätzlich zu den kroatischen Mitteln aus dem ISF-Fonds für Grenz- und Visaangelegenheiten zusätzliche Mittel bereitstellt.

Trotz der vom Europäischen Parlament und anderen Interessenvertretern vorgelegten Beweise, dass ein solcher Mechanismus eigentlich nie eingerichtet wurde und dass die Ombudsfrau, die das Mandat zur Überwachung von Grundrechtsverletzungen an der kroatischen Grenze hat, von den Behörden daran gehindert wird, mutmaßlichen Missbrauchsvorfällen nachzugehen, hat die Europäische Kommission weiterhin zusätzliche Mittel für Grenzüberwachungsaktivitäten an Kroatien bereitgestellt.

Der einzige Mechanismus, der in Kroatien existiert, ist ein früheres Projekt, das bestehende Polizeidateien von Personen untersucht, denen es gelungen ist, in das System einzudringen und registriert zu werden. Alle Personen, die zurückgedrängt wurden, sind, wie von den gleichen Beteiligten, die für dieses Projekt verantwortlich sind, eingeräumt wurde, nicht in den Polizeiakten enthalten. Man könnte befürchten, dass der Vorschlag der Kommission den gleichen Ansatz verfolgt, da die zurückgedrängten Personen niemals das “Screening”-Verfahren erreichen würden. Dieser jüngste Überwachungsmechanismus würde daher nicht die Praxis des “Pushback” beenden, die täglich an den Land- und Seeaußengrenzen der EU praktiziert wird. Diese Menschen würden auch nirgendwo registriert werden.



## UNSER ALTERNATIVER VORSCHLAG

- **Es sollte die Einrichtung eines wirklich robusten und unabhängigen Überwachungsmechanismus unterstützt werden, der angemessen finanziert würde und seine Rolle ausüben könnte. Er würde sich auf bestehende, unabhängige nationale Menschenrechtsinstitutionen** (Ombudsperson-Institutionen, NHRIs, NPMs) stützen, die von bestehenden internationalen Überwachungsorganen (hauptsächlich Menschenrechtskommissar des Europarates und CPT, aber auch ECRI) unterstützt würden, und seine Ergebnisse sollten zu konkreten Folgemaßnahmen führen, auch auf europäischer Ebene. Der Grundrechtsbeauftragte der FRA und der Grundrechtsbeauftragte von FRONTEX könnten eingeladen werden, zur Gestaltung und Funktionsweise dieses Mechanismus beizutragen, aber auch völlig unabhängig von ihnen zu bleiben.
- **Finanzmittel für Grenzüberwachungsoperationen, bei denen es Beweise für Grundrechtsverletzungen gibt, sollten nicht bereitgestellt oder zurückgefordert werden**, wenn nach der Gewährung dieser Mittel Beweise vorgelegt werden.



© Michael Bakas

## Darstellung der Europäischen Kommission #3:

“Der neue Pakt erkennt an, dass kein Mitgliedstaat eine unverhältnismäßige Verantwortung übernehmen sollte und dass alle Mitgliedstaaten ständig zur Solidarität beitragen sollten”

Eines der unbestrittenen Versäumnisse des gegenwärtigen Systems ist die unverhältnismäßige Verantwortung, die die Dublin-Verordnung den Mitgliedstaaten der ersten Einreise auferlegt. Mit diesem neuen Pakt hat die Europäische Kommission behauptet, dass sie “Dublin zu Bett gebracht” hat oder dass “Dublin tot ist”.

Obwohl es zu begrüßen ist, dass die Kommission die rasche Umsiedlung von Asylsuchenden mit familiären Bindungen auf der Grundlage einer erweiterten Definition des Begriffs “Familie” vorgeschlagen hat, standen die familiären Bindungen bereits an erster Stelle in der Hierarchie der Kriterien der geltenden Dublin-Verordnung - nicht, dass sie die meiste Zeit eingehalten wurde. Die Hinzufügung eines in einem Mitgliedstaat erworbenen Diploms als neues Kriterium zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates verschleiert nicht die Tatsache, dass der Vorschlag der Kommission die Hauptverantwortung nach wie vor dem ersten Einreisemitgliedstaat zuweist. Die Dauer der Hauptverantwortung erstreckt sich auf drei Jahre.

## DIE REALITÄT

Statt eines automatischen Verteilungsmechanismus, wie vom Europäischen Parlament bei der Dublin-Reform vorgeschlagen, gab die Europäische Kommission dem Vorschlag der Visegrád -Staaten von 2016 zur “flexiblen Solidarität” nach.

In dem neu vorgeschlagenen “Migrationssteuerungssystem” könnte ein Mitgliedstaat wählen, ob er Asylsuchende oder Flüchtlinge umsiedeln, die Rückführung von Personen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat “sponsern” oder den “Aufbau von Kapazitäten” in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in einem Drittland unterstützen will. In einer “Krisensituation” (die von der Kommission zu bestimmen ist) könnten die Mitgliedstaaten nur zwischen einer Umsiedlung oder einem “Sponsoring” der Rückführung wählen. Wenn es den Abschiebungs-“Sponsoren” nicht gelingt, die Personen, die sie abzuschieben beabsichtigten, nach 8 Monaten in normalen Situationen oder 4

Monaten in einer Krisensituation abzuschieben, müssten sie sie in ihr eigenes Hoheitsgebiet überstellen. Die Verfahrensschritte, die für den Fall eingeführt werden, dass nicht genügend Umsiedlungsplätze zur Verfügung stehen, sehen keinen wirksamen Sanktionsmechanismus vor, und diese sind von vielen Entscheidungsebenen abhängig, die das Verfahren komplizieren und verzögern, ohne sicherzustellen, dass schließlich genügend Umsiedlungsplätze zur Verfügung stehen.

## UNSER ALTERNATIVER VORSCHLAG

- **Die derzeitige Dublin-Verordnung sollte durch einen verbindlichen Mechanismus zur Verteilung der Asylbewerber in der EU ersetzt werden,** der das Prinzip der Zuständigkeit des ersten Einreisemitgliedstaates beendet. Dieser Verteilungsmechanismus sollte schnell und für alle offen sein und vom ersten Tag an in jeder Situation - auch ohne Krise - gelten.

In Krisenzeiten muss den schwächsten Gruppen Priorität eingeräumt werden. Die Position des Europäischen Parlaments zur Reform der Dublin-Verordnung stellt in dieser Hinsicht einen Schlüsselvorschlag dar.

- **Regionale und lokale Behörden, die bereit sind, Menschen aufzunehmen, sollten dazu in der Lage sein und sollten nicht von nationalen Behörden blockiert werden.**
- **Die Umsiedlung muss für die am stärksten gefährdeten Personen,** einschließlich Familien mit Kindern, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderungen oder psychischen Problemen oder Menschen, die medizinische Behandlung benötigen, unverzüglich durchgeführt werden.







## Darstellung der Europäischen

### Kommission #4:

#### Keine Morias mehr

Das Lager Moria - mit einer Kapazität von 3.100 Personen, aber in der Spitze "beherbergte" es 25.000 Menschen - und alle anderen Hotspots auf den anderen griechischen Inseln sind in den letzten Jahren zu menschlichen Depots geworden. Damit wurde das Scheitern der politischen Entscheidung der EU, die unter anderem die Eindämmung von Bewerbungen auf den Inseln an der Ägäis-Front durchgesetzt hat, vollends offengelegt. Nach dem Brand in Moria verpflichtete sich die EU-Kommissarin für Inneres Ylva Johansson, dass es "kein Morias mehr" geben werde.

Die Tatsache, dass in Lesbos bereits ein neues Lager in Betrieb ist, das noch schlimmer als Moria ist, wirft jedoch so viele Bedenken darüber auf, wie wahr die Aussage Johanssons ist. Als Antwort auf die Bedenken, dass der neue Pakt massive Inhaftierungen an unseren Grenzen nach sich ziehen wird, antwortete die Kommission, dass dies von jedem Mitgliedstaat selbst zu beurteilen sei und dass für jeden Antragsteller eine individuelle Bewertung durchgeführt werden müsse.

## DIE REALITÄT

Da der Zweck des neu vorgeschlagenen Asylgrenzverfahrens darin besteht, es den Behörden zu ermöglichen, einen Antrag in neu errichteten oder bereits bestehenden Einrichtungen an den Grenzen oder in Grenznähe zu prüfen, ohne jedoch die Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu gestatten, bevor die Prüfung abgeschlossen ist, ist schwer vorstellbar, wie wir mit dem "Hotspot-Ansatz" brechen würden, der Orten wie den griechischen Inseln auferlegt worden war, oder wie die Inhaftierung nicht schnell in allen Mitgliedstaaten zur Norm werden würde, wodurch die Massenhaft de facto legalisiert würde.

## UNSER ALTERNATIVER VORSCHLAG

- **Allen Personen, unabhängig von ihrem Status, sollten in allen Phasen angemessene und würdige Aufnahmebedingungen garantiert werden.** Sie sollten nicht auf Inseln festgehalten werden, und es sollten Alternativen zu Lagern vorgeschlagen werden, z.B. durch Unterstützung der Mietwohnungsprogramme des UNHCR, die ein unabhängiges Leben ermöglichen. Dies würde auch den Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaften besser Rechnung tragen.
- Die Inhaftierung aufgrund des rechtlichen Status einer Person sollte verboten und die Haftanstalten geschlossen werden.
- **Es soll ein solider Plan "kleiner sozialer Eingliederungsprojekte"** finanziert werden, so dass alle Mitgliedstaaten eine Eingliederungspolitik ausarbeiten und umsetzen können, die sowohl Flüchtlinge und Migranten als auch die örtlichen Gemeinschaften begünstigt.
- **Lokale Initiativen, die darauf abzielen, Menschen aus von Migranten geführten Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, selbstorganisierten Gruppen und Städten willkommen zu heißen und sozial einzubeziehen, sollten unterstützt und nicht behindert werden.**





## Darstellung der Europäischen

### Kommission #5:

## Der Pakt wird Win-Win-Beziehungen mit Drittstaaten aufbauen

Die Kommission erklärte bei verschiedenen Gelegenheiten, dass der Pakt durch umfassende, ausgewogene und maßgeschneiderte Partnerschaften gegenseitige Vorteile mit Drittländern bringen würde.

### **DIE REALITÄT**

Eine solche Darstellung ignoriert die Realität, dass die EU und Drittländer in Bezug auf Migration und Mobilität widersprüchliche Interessen haben. Im Kern geht es eigentlich um die Frage, welche Zwangsansätze Drittländer dazu zwingen, mit dem Hauptziel der EU zusammenzuarbeiten, Menschen daran zu hindern, in die EU zu kommen. Der neue Pakt besagt, dass "jede Maßnahme" gegen ein Land ergriffen werden kann, das "bei der Rückübernahme von illegal eingereisten Drittstaatsangehörigen nicht ausreichend kooperiert". Eines der vorgeschlagenen neuen Instrumente ist die Beschränkung der Ausstellung von Visa oder die Streichung eines Landes von der Liste der visumfreien Länder.

Während ihrer Mission erlebten die Linken Abgeordneten aus erster Hand die Zusammenarbeit der EU mit Drittländern mit autoritären Regimes als Teil der Blockpolitik zur Externalisierung der Migrationskontrolle. Eine solche Politik verleiht diesen Regimen nicht nur Legitimität, indem sie auf internationaler Ebene kooperiert, sondern sie untergräbt auch die Wahrung der Grundrechte durch die EU. Das Schweigen der EU zu den Rechtsverletzungen im Sudan, in Libyen, Ägypten, der Türkei und Marokko ist ohrenbetäubend.

Anderswo in Ländern wie Niger hat der Vorstoß der EU, die interne Mobilität und Migration zu kriminalisieren, zu diplomatischen Auseinandersetzungen mit den anderen Mitgliedern der ECOWAS geführt. Hinzu kommt die Zerstörung langjähriger sozialer und kultureller Praktiken, was zu neuen Problemen wie Korruption und Destabilisierung der lokalen Wirtschaft in der Region Agadez führt.

Unterdessen hat die Zusammenarbeit der EU und Italiens mit der so genannten libyschen Küstenwache dazu geführt, dass sich Mitgliedstaaten und Kommissionsbeamte an Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitschuldig machen. Denn die Mission der libyschen "Küstenwache" ist klar: alle, die versuchen, aus Libyen zu fliehen, abzufangen, sie zurück in die Haft zu schicken (wo Folter endemisch ist). Folglich gibt es einen laufenden Fall vor dem Internationalen Strafgerichtshof sowie eine Beschwerde beim Europäischen Rechnungshof über eine solche Vereinbarung zwischen der EU und der libyschen Küstenwache.

Die Darstellung der Kommission lässt auch aus, dass bewaffnete Konflikte mit der taktischen Unterstützung oder der direkten Beteiligung von EU-Mitgliedstaaten ausgetragen werden, wie die Kriege in Mali, Südsudan und Afghanistan gezeigt haben.

## OUR ALTERNATIVE PROPOSAL

- Die Europäische Kommission muss der **EU sichere und legale Kanäle öffnen**. Dazu gehört das Streben nach einem signifikanten Beitrag von Neuansiedlungsplätzen in der EU auf der Grundlage des Neuansiedlungsbedarfs des UNHCR und durch die Öffnung ergänzender Wege wie die Bereitstellung von humanitären Visa. Dies sollte auch Wege für die legale Arbeitsmigration einschließen. Die Kategorisierung von Menschen als "Hochqualifizierte", die damit mehr Rechte genießen als "Geringqualifizierte", muss ein Ende haben, da die Rechte für alle Kategorien von Arbeitnehmern die gleichen sein sollten.
- Mit erheblichen EU-Mitteln **sollte eine massive und robuste proaktive multinationale Such- und Rettungsaktion im zentralen Mittelmeerraum eingerichtet werden, um die Ausschiffung in einem sicheren Hafen der EU zu gewährleisten. Such- und Rettungsaktionen in der Ägäis sollten ebenfalls aus EU-Mitteln finanziert werden, und alle EU-Länder müssen unmittelbar nach der Ausschiffung der geretteten Personen im zentralen Mittelmeer oder in der Ägäis die Verantwortung mittragen.**
- Die Mitgliedstaaten sollten damit aufhören, **humanitäre Hilfe auf See oder an Land unter Strafe zu stellen**, und sich an das internationale Seerecht halten, indem sie so bald wie möglich nach Durchführung einer Rettungsaktion **einen sicheren Hafen in der EU bereitstellen**.
- Die Europäische Kommission sollte die **Auslagerung des EU-Grenzschatzes, der Such- und Rettungsdienste und der Asylverfahren in Drittländer rückgängig machen**, einschließlich der Aussetzung des Abkommens mit der libyschen Küstenwache, den Khartoum-Prozess auf Eis legen und die finanzielle bilaterale Unterstützung der EU für Regime, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, wie Ägypten, Eritrea und Sudan, einstellen.
- Die Europäische Kommission sollte eine **echte Politik der Entwicklungszusammenarbeit entwickeln und die Außen- und Nachbarschaftspolitik der EU auf der Grundlage der Solidarität und der Bedürfnisse der Menschen reformieren**. Die derzeitige Wirtschafts- und Handelspolitik sowie die Militarisierung sollten beendet werden.
- Die Europäische Kommission sollte für **Transparenz, laufende Überwachung und Evaluierung aller EU-Mittel** im Zusammenhang mit Migration und Asyl sorgen, sowohl intern als auch extern.



### Darstellung der Europäischen Kommission #6:

“Zwei Drittel der Personen, die um internationalen Schutz ersuchen, missbrauchen unser System und müssen zurückgeschickt werden”

Es liegt auf der Hand, dass das Hauptaugenmerk der Kommission in diesem Pakt, wie Ylva Johansson einräumte, auf der Rückführung liegt, wie sie bei der Enthüllung sagte: „Letztes Jahr hatten wir 140.000 irreguläre Ankünfte, und darauf konzentrieren wir uns jetzt in unserem Vorschlag“.

Diese Rückkehrbesessenheit ist nicht neu für die Europäische Kommission, die bereits 2018 vorgeschlagen hatte, die Rückführungsrichtlinie zu ändern, die im Falle ihrer Annahme unter anderem die systematische Inhaftierung von Menschen ohne Papiere bedeuten würde.



## DIE REALITÄT

Die Statistik von „zwei Dritteln“ der Personen, deren Anträge 2019 abgelehnt werden, muss mit äußerster Vorsicht behandelt werden. Ein typischer Fall, der in diese Kategorie fallen würde, wären die Menschen, deren Antrag auf internationalen Schutz aufgrund der Prinzipien des „sicheren Drittstaates“ oder des „ersten Asylstaates“ als unzulässig erachtet wird. Zusätzlich zu dieser falschen Behauptung, sie seien keine „Flüchtlinge“, können viele Menschen - auch wenn ihnen kein Schutzstatus gewährt wird - aufgrund des Prinzips der Nichtzurückweisung oder der Weigerung des Herkunftslandes, seine Staatsangehörigen rückzuübernehmen, nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Diese Menschen verdienen es, von den staatlichen Behörden mit einer Lösung - und mit Würde - angemessen behandelt zu werden.

### UNSER ALTERNATIVER VORSCHLAG

**Every asylum seeker has the right to an in substance and individual examination of their asylum application.** No application should be deemed inadmissible based on a 'safe third country' principle.

- **The European Commission should shift away from the obsession with returning people. Rather, it should focus on supporting Member States that are willing to regularise undocumented persons who have been living and working there for years,** with close ties to the Member States they live in. Such measures would significantly contribute to reducing the exploitation of undocumented workers and, thus, social dumping that is widespread across the EU.
- **Member States should develop measures to fight against the exploitation of migrant workers, including protecting those who are undocumented** and who are afraid to complain about violence against them or their exploitation at work in fear of deportation. Member States, which have not ratified the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families, and the ILO 189 Convention on Domestic workers should do so.
- The European Commission should devote ample resources to working for a **long-term social inclusion of third country nationals living in the EU and protect them from discrimination.**
- The European Commission should start **working towards a legal status for people forced to flee due to climate change.**



## The Left in the European Parliament

Our group brings together MEPs standing up for workers, the environment, feminism, peace, democracy & human rights.

# ANOTHER EUROPE IS POSSIBLE!

GUE/NGL  
**THE LEFT**  
IN THE  
EUROPEAN  
PARLIAMENT

Follow us on:

